

Newsletter 14. Januar 2015

Agrar-Initiativen: Nun will auch noch der Bundesrat die Verfassung ändern

Liebe Leserin, lieber Leser

Als ob die vier neu lancierten Landwirtschaftsinitiativen nicht genug wären: Nun will also, wie heute bekannt wurde, auch noch der Bundesrat den landwirtschaftlichen Verfassungsartikel ändern. Genau denjenigen Verfassungsartikel, mit dem er seine bisherige Landwirtschaftspolitik immer begründet hat.

Mit dem bundesrätlichen Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheitsinitiative des Bauernverbandes SBV erreichen die Wirrungen um die Schweizer Landwirtschaftspolitik eine neue Stufe. Was würde beispielsweise ein Volksverdikt bedeuten, das sowohl SBV-Initiative wie den bundesrätlichen Gegenvorschlag ablehnt? Vermutlich gar keine Agrarpolitik mehr, Schnauze voll, „weg von dem ewigen Gezerre um Milliarden an Steuergeldern für die Landwirtschaft und den Rattenschwanz an Profiteuren" (so kürzlich ein Blogger).

Lesen Sie in diesem Newsletter, wie derzeit die Landwirtschaftspolitik für wahltaktische und verbandspolitische Motive missbraucht wird. Eine konstruktive Diskussion zu führen über die Zukunft der Landwirtschaft wird damit noch schwieriger. Wir werden weiterhin unser Bestes geben, damit die eigentliche, erst ansatzweise erfüllte Aufgabe des Bundes, nämlich endlich den bestehenden Verfassungsauftrag umzusetzen, vor lauter Spiegelfechtereier nicht vergessen geht.

Mit herzlichen Grüßen,

Andreas Bosshard,
Geschäftsführer Vision Landwirtschaft

Bundesrat lanciert Gezerre um Agrarpolitik neu

Bereits vier Landwirtschaftsinitiativen sind lanciert. Und nun will also auch noch der Bundesrat den landwirtschaftlichen Verfassungsartikel ändern. Dies hat er an seiner heutigen Sitzung entschieden. Damit ist das Gezerre um die Ausrichtung der Landwirtschaftsgelder – bereits ein Jahr nach Einführung der neuen Agrarpolitik AP 2014-17 – definitiv neu lanciert. Nicht sachliche Gründe, sondern verbandspolitische und wahltaktische Überlegungen stehen dahinter.

Der Aufwand, die Agrarpolitik mit der AP 2014-17 wenigstens ein klein wenig zielorientierter, nachhaltiger und verfassungsgemässer zu gestalten, war und ist riesig – für das Parlament, für die Verwaltung, für die Verbände, und nicht zuletzt auch für die Bauern. Es war deshalb ein breiter Konsens in Landwirtschaftskreisen: Jetzt braucht es vor allem Ruhe und Konsolidierung. Finger weg von raschen weitergehenden Anpassungen.

Zuerst brach der Schweizer Bauernverband (SBV) diesen Konsens mit seiner Ernährungssicherheitsinitiative. SBV-Präsident Ritter lancierte intern das Projekt explizit mit dem Ziel, die Agrarpolitik wieder zurückzudrehen. Der Verband, der sich in der parlamentarischen Debatte um die AP 2014-17 vergeblich mit Händen und Füßen gegen eine effizientere und gezieltere Verteilung der Agrargelder wehrte, hat seine Niederlage nicht verwunden und hofft mit seinem Initiativprojekt, so wieder Einfluss auf die Agrarpolitik zurückzugewinnen.

In Grabenkämpfen mit zielverwandten Gruppierungen hat sich der Bauernverband schliesslich mit einem nichtssagenden Text durchgesetzt, gegen den eigentlich niemand ernsthaft etwas haben kann – ausser dass er völlig unnötig ist und von der jetzigen Verfassung bereits abgedeckt wird. Auf der Strasse wurden die Leute zur Unterschrift motiviert mit dem Versprechen einer nachhaltigeren Schweizer Nahrungsmittelproduktion. Wer sollte da nicht unterschreiben? Generalstabsmässig organisiert, brachte der Verband die Unterschriften entsprechend rasch zusammen. Nur: Bis heute weiss niemand genau, was der Bauernverband mit seinem Text eigentlich will.

Lange wurde die blasse Initiative wenig ernst genommen. Das hat sich mit dem heutigen Entscheid des Bundesrates, dem Volk einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, geändert. Die Initiative erhält dadurch unnötiges Gewicht. Der Bauernverband und seine Medienportale reagierten enthusiastisch. Tatsächlich hätte ihm nichts Besseres passieren können. Endlich ist die ersehnte Aufmerksamkeit da.

Wie kommt der Bundesrat auf die abenteuerliche Idee, einer nichtssagenden Initiative einen Gegenvorschlag entgegenzustellen? Hinter der Aktion steht Landwirtschaftsminister Schneider-Ammann. Gegen den Willen des Bundesamtes für Landwirtschaft und vermutlich der meisten Bundesräte hat er diesen Gegenvorschlag durchgepeitscht. Dafür gibt es nur eine Erklärung: Der Gegenvorschlag bietet die Chance, seinen gefährdeten Sitz vielleicht doch noch zu retten, indem sie ihm im Parlament einige Bauernstimmen bringt.

Abgesehen vom wahltaktischen Motiv ist der Gegenvorschlag ein gefährliches Unterfangen. Nicht nur lanciert er frühzeitig das Gezerre um die Agrargelder neu. Noch problematischer ist die verwirrlige Botschaft an das Volk. Der Bundesrat, der seine bisherige Agrarpolitik immer mit der Verfassung legitimierte, will nun diese selber anpassen?

Völlig ungeklärt ist auch die Frage, was ein doppeltes Nein des Volkes bedeuten würde. Die Verwirrung wäre perfekt. Vielleicht wäre es einfach ein Ausdruck davon, dass die Mehrheit offenbar die Nase voll hat vom Gezerre um Milliarden an Steuergeldern und der Orientierungslosigkeit der Agrarpolitik.

Die verbands- und wahltaktischen Manöver werden das komplexe und labile Gebäude der Agrarpolitik weiter schwächen. Es hat bisher nur dank eines breiten Grundkonsenses im Volk gehalten – nämlich dass Landwirtschaft uns allen wichtig ist und deshalb eine weltweit einzigartig hohe Unterstützung mit Bundesgeldern rechtfertigt. Dieser Grundkonsens erhielt schon in der Debatte um die AP 2014-17 erste feine Risse und wird durch die jetzt ablaufenden Ränkespiele wohl weiter bröckeln.

Für Vision Landwirtschaft besonders störend ist die Tatsache, dass der bestehende Verfassungsauftrag von 1996 – ein mit 78% der Stimmenden besonders breit abgestützter Volksentscheid bereits wieder ergänzt werden soll, noch bevor er auch nur einigermaßen umgesetzt ist. Auch mit der neuen Agrarpolitik werden über 1,5 Milliarden Franken jährlich ohne klare Zielbestimmung und ohne jeglichen Nachweis ihrer Wirksamkeit im Hinblick auf die Verfassungsziele giesskannenmässig verteilt (s. Kästchen), während eine lange Reihe anerkannter Ziele unverändert ausser Reichweite bleiben und die Wertschöpfung der Landwirtschaft seit vielen Jahren immer weiter sinkt.

Eine konstruktive Diskussion zu führen über Agrarpolitik wird im Gewirre von Initiativen und Gegenvorschlag noch schwieriger. Nichtsdestotrotz: Vision Landwirtschaft wird weiterhin alles dran setzen, nahe an der Sache zu informieren und aufzuzeigen, dass eine nachhaltige, wirtschaftliche und deutlich effizientere, umweltfreundlichere Landwirtschaft – also die Umsetzung des bestehenden Verfassungsauftrages und die Schliessung der bisher unverändert grossen Ziellücken – nicht nur möglich, sondern auch im ureigenen Interesse der Bauernfamilien selber dringend nötig ist.

Gut zu wissen: Hohe Produktion von Lebensmitteln, aber ineffiziente Stützung durch den Staat

Das mit der Agrarpolitik 2014-17 revidierte Direktzahlungssystem gibt der Versorgungssicherheit hohe Priorität. Die Direktzahlungskategorie "Versorgungssicherheitsbeiträge" ist mit jährlich 1.1 Milliarden Franken (durchschnittlich rund Fr. 20'000.- pro Betrieb und Jahr) am höchsten dotiert. Allerdings weisen alle bisherigen Untersuchungen darauf hin, dass diese Versorgungssicherheitsbeiträge kaum etwas mit ihrem Ziel zu tun haben, sondern vielmehr die Versorgungssicherheit eher schwächen, indem sie eine ineffiziente, nicht standortgemässe um-weltschädliche Produktion fördern. Um die Ernährungssicherheit zu verbessern, müsste diese schädliche Direktzahlungskategorie in zielorientierte Instrumente umgelagert werden. Dafür braucht es keine Initiative, sondern lediglich die Umsetzung des bestehenden Verfassungsauftrages.

In der Agrarpolitik 2014-17 sind rund 80 Prozent der Direktzahlungen direkt an die Produktion von Lebensmitteln gekoppelt. Direktzahlungen ohne jeglichen Bezug zur Produktion existieren nicht. Die Schweizer Landwirtschaft produziert aktuell auf Rekordniveau. Eine Extensivierung, die immer wieder wie der Teufel an die Wand

gemalt wird, ist inexistent. Auch vor diesem Hintergrund ist eine "Ernährungssicherheitsinitiative" abstrus. Auch alle anderen Ziele sind mit der bestehenden Verfassung bereits abgedeckt. Nicht umsonst konnten die Initianten bisher nicht konkret sagen, was sie mit ihrer Initiative bezwecken – ausser dass die Agrargelder in Zukunft wieder möglichst "unbürokratisch" und ohne Leistungsnachweis verteilt werden sollen.

Kurzmitteilungen

Bodenatlas 2015: Land und Böden als Grundlage der Nahrungsmittelproduktion

Zum internationalen Jahr des Bodens präsentiert der Bodenatlas 2015 eine Fülle informativer Daten, Grafiken und Fakten zur Bedeutung, Nutzung und zum Zustand von Land, Böden und Agrarflächen in Deutschland, Europa und weltweit.

[>> Übersicht und Download](#)

AP 2014-17: Deutlich mehr Direktzahlungen für's Berggebiet

Provisorische Auswertungen des „Schweizer Bauer“ bestätigen die Prognosen: Die Berglandwirtschaft erhält deutlich mehr Direktzahlungen als in der „alten“ Agrarpolitik. In einigen Bergkantonen ist es gemäss eigenen Recherchen ein Plus von mehr als 12%. Verlierer sind Mittellandkantone, welche keine oder nur regional Landschaftsqualitätsprojekte entwickelt haben. Definitive Zahlen sind allerdings nicht vor Februar 2014 zu erwarten.

[>> Zum Artikel im „Schweizer Bauer“](#)

Strategie gegen Antibiotika-Resistenzen

Antibiotikaresistenzen werden zunehmend zu einer ernsthaften Gesundheitsgefahr. Der Bund geht das Problem nun mit einer nationalen Strategie an. Zu deren Entwurf können sich nun alle interessierten Kreise bis Mitte März 2015 äussern. Im Fokus ist auch der hohe Antibiotikaverbrauch der Landwirtschaft.

[>> mehr](#)

Grasland Schweiz: Enormer Rückgang der Biodiversität seit 1950 in den tieferen Lagen

Der Rückgang der Artenvielfalt im Wiesland der tiefen Lagen der Schweiz ist deutlich grösser als bisher angenommen. Noch um 1950 wiesen 85 % selbst der am intensivsten genutzten Wiesen auf den besten Böden so viele Pflanzenarten auf, dass sie die sogenannte Öko-Qualität" (BFF QII-Stufe) erreicht hätten oder weit darüber lagen. Heute genügen selbst Ökowiesen nur noch zu 20% den QII-Kriterien.

[>> zum Artikel in der „Agrarforschung Schweiz“](#)

Bund kurbelt Fleischkonsum mit Werbegeldern an

Die auf allen Kanälen präsente Werbekampagne von Proviande zur Förderung des Konsums von Schweizer Fleisch wird vom Bund mit Millionen mitfinanziert. Die Hintergründe dieser unsinnigen Bundespolitik, die in eklatantem Widerspruch zu mehreren agrarpolitischen Zielen steht, hat Pro Natura in ihrem neuesten Magazin 1/2015 aufgezeigt.

[>> mehr](#)

Agenda

„Wie können die nachhaltigen Entwicklungsziele ab 2015 zum Kurswechsel Landwirtschaft beitragen?“

Mittwoch, 21. Januar 2015, 17:30 – 19:30 Uhr, Kuppelsaal, Hauptgebäude Universität Bern.

Im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsziele, welche ab 2015 die Millenniumentwicklungsziele ablösen, bietet sich die Gelegenheit, nachhaltige Landwirtschaft und Nahrungssysteme zu stärken, um so zur weltweiten Ernährungssicherheit und zur Beendigung des Hungers beizutragen.

[>> Mehr](#)

Funktionelle Biodiversität in der Landwirtschaft: 2. Agroscope-Nachhaltigkeitstagung 2015

Donnerstag, 22. Januar 2015, 9.10-16.25 Uhr, Agroscope Reckenholz in Zürich

An der Fachtagung des Agroscope Instituts für Nachhaltigkeitswissenschaften INH präsentieren und diskutieren Forschende neue Erkenntnisse zur Nutzung der funktionellen Biodiversität in der Landwirtschaft.

[>> Mehr](#)

MUBA «Ab ufs Land»

06.02. - 15.02.2015, Messe Basel

Die Bauernverbände beider Basel, Aargau und Solothurn präsentieren an der diesjährigen muba die Vielfältigkeit der Landwirtschaft.

[>> Mehr](#)